Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 286. | Dresden, Mittwoch den 10. Dezember 1913. | 24. Jahrg.

Auf, in die Protestversammlungen!

Der Umfall.

Als am 4. Dezember der Reichstag mit ⅔-Mehrheit dem Reichskanzler ob seiner Stellungnahme zu den Ausschreitungen von Zabern das Mißtrauen bezeugte, da ging durch weiteste Kreise des deutschen Volkes ein Sturm freudigen Beifalls. Ueberall wurde die Kunde mit Jauchzen aufgenommen, daß der Reichstag manhafte Worte fand wider die unsäglichen Ueberhebungen der Recht und Gesetz mißachtenden Soldateska.

Auch wir Sozialdemokraten erkannten gern an, daß der Zentrumsredner Fehrenbach und der Nationalliberale von Calker bei jener Interpellationsdebatte aus erregten Herzen treffliche Worte sprachen. Aber zugleich erhoben wir im ersten Augenblick an die warnende Stimme gegen diejenigen, die ohne genügende Kenntnis vom wirklichen Wesen der Besitzesparteien sich in der Stunde des Rausches zu solcher Ueberschätzung jener Reichstagsaktion hinreißen ließen. Wenige Tage haben genügt, um die völlige Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien zu einer ernsthaften Volkspolitik für jedermann offenbar zu machen. **Was soll dasselbe deutsche Volk, das am 4. Dezember dem Reichstag zujubelte, über denselben Reichstag sagen, wie er sich am 9. Dezember zeigt!** Von welchen Empfindungen wird es erfüllt werden, wenn es jetzt statt Fehrenbachs tief bewegte Anklagerede das hilflose Gemurmel des Zentrumsführers Dr. Spahn, wenn es statt der lebhaften Mißbilligungsrede von Calkers das Entschuldigungs- und Versöhnungsgestammel des nationalliberalen Führers Bassermann vernimmt! Weiteste Kreise des deutschen Volkes werden wiederum eine schöne Hoffnung schnell geknickt sehen und sie werden sich gestehen müssen, **daß nur die Sozialdemokratie für die Ehre des Reichstags und für das Recht des deutschen Volkes gegenüber dem militaristischen Uebermut mannhaft auf die Schanzen tritt.**

Die Reichstagssitzung am Dienstag begann mit bezeichnendem Auftakt. Durch eine Anfrage an die Regierung wurde von sozialdemokratischer Seite Klarheit gefordert, ob die Zollerleichterungen für die Einfuhr ausländischen Fleisches über den im bisherigen Gesetz gesetzten Endtermin (31. März 1914) hinaus verlängert werden sollen. Ein kurzes und schroffes Nein vom Regierungstische beantwortete die Frage und zeigte dem deutschen Volk, daß die Regierung den Hungerkurs nicht bloß fortsetzen, sondern noch mehr zu verschärfen begehrt. Dieselbe Regierung, die den maßlosen Dünkel des Militarismus schützt, scheut sich nicht, die nötigsten Lebensmittel der Volksmasse wieder und wieder durch wucherisches Zollwesen zu verteuern!

Es folgte die Etatslesung. Es war vielfach angenommen worden, der Reichskanzler werde das Wort nehmen, um nähere Mitteilungen über Zabern zu machen. Der Reichskanzler war mit einem riesigen Stabe von Staatssekretären, Direktoren und Geheimräten zur Stelle. Er ergriff auch sogleich das Wort. Aber kein Wort von Zabern. Kein Wort über das Mißtrauensvotum des Reichstages. Der Reichskanzler hielt einen 20-Minuten-Speech über auswärtige Politik, ohne hierüber irgend etwas Neues oder auch Besonderes sagen zu können. Wann ist je solch blutiges Satyrspiel gesehen worden? Ein Staatsmann, dem das Parlament mit überwältigender Mehrheit die Absage erteilt hat, erscheint im Saale der Volksvertretung wieder, sitzt auf seinem gewohnten Platze, redet von Inland und Ausland, **als sei mittlerweile nichts geschehen**, was ihn zu kümmern brauchte. Ah bah! Mißtrauensvotum der Volksvertretung — was macht uns das! „Donaueschingen" ist mit uns zufrieden, also ist alles in Ordnung.

Man müßte meinen, daß eine Reichstagsmehrheit, wie sie am Mittwoch und Donnerstag der vorigen Woche über die Häupter des Kanzlers und seines Kriegsministers Pech und Schwefel hatte regnen lassen, es nicht dulden könnte, daß diese Leute sich unbekümmert und in unübertrefflicher Dreistigkeit wieder vor die Volksvertretung hinstellen und den Anspruch erheben, nach wie vor als echte Vertrauenspersonen der deutschen Nation auftreten zu dürfen. Man müßte meinen, daß diese Reichstagsmehrheit solchen Regierungsmännern ohne Federlesen das Loch weisen würde, das der Zimmermann in der Wand gelassen, daß sie mindestens so lange jede weitere Verhandlung mit ihnen ablehnen würde, bis die Ausschreitungen der Zaberner Soldateska ernsthaft gesühnt sind und bis für die Unterordnung der Militärgewalt unter die Staatsgesetze gründlich Sorge getragen wird. Aber es ergab sich das groteske Schauspiel **von Parteien, die ebenso demütig und feig sind, wie die Regierungsmänner übermütig und herausfordernd.**

Der Umfall der bürgerlichen Mittelparteien, des Zentrums und der Nationalliberalen war um so jammervoller, da unser Parteigenosse Scheidemann als erster Redner nach dem Reichskanzler in ausgezeichneten Ausführungen den ganzen Ernst der politischen Situation dargelegt und den bürgerlichen Parteien zu Gemüte geführt hatte, in welch' schicksalsschwerer Entscheidungsstunde sie stehen. Scheidemann stellte in die Mitte seiner Betrachtungen das Mißtrauensvotum des Reichstages und die Folgerungen, die aus ihm gezogen werden müssen. Er besprach die zweideutigen und zweischneidigen Maßnahmen, die neuerdings für Zabern getroffen wurden, und die Ueberlieferung der armen Rekruten an das Kriegsgericht, während die Forstner, die Reutter und Deimling frei herumspazieren. Er wies die Unmöglichkeit und Unwürdigkeit der Situation für den Reichstag und für den Reichskanzler selbst nach, wenn dieser trotz alledem an seinem Platze kleben bleibe. Er wandte sich in eindringlich mahnenden Worten an die Parteien des Reichstages, sie möchten den Beweis liefern, daß ihre flammende Entrüstung kein Strohfeuer gewesen sei, das ebenso schnell erlischt, wie es angezündet war.

Es war eine glänzende Attacke, die Scheidemann geritten. Wohl war den Mittelparteien dabei nicht, die still und betreten dasaßen; wohl war dem Reichskanzler nicht. Aber Herr v. Bethmann-Hollweg mußte Rede und Antwort stehen. Er versuchte, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Er redete vom „sogenannten Mißbilligungsvotum des Reichstags" und er erklärte, wegen dieses Beschlusses werde er keineswegs seinen Abschied einreichen. Der Kaiser allein habe darüber zu entscheiden und er werde alle Kraft daransetzen, daß die Machtbefugnisse des Kaisers nicht eingeschränkt würden. Und der Kanzler fand den Zuspruch der edlen Firma Spahn-Bassermann.

Herr Peter Spahn wußte nichts weiter zu säuseln, als daß der Kanzler nach der Verfassung vom Kaiser berufen und entlassen wird. Herr Bassermann aber erklärte, das Mißbilligungsvotum seiner Partei sei gar so schlimm nicht gemeint; nun sei auch durch den Kaiser Remedur geschaffen und es sei die Hoffnung gegeben, daß der Friede wieder hergestellt wird.

Ein Schauspiel für Götter! In den Armen liegen sich die Erteiler des Mißtrauensvotums und der mit Mißtrauen belastete Kanzler Bethmann. In den Armen liegen sich beide, lachend und weinend vor Freude. Es war nur ein großes Mißverständnis, das sie so erschrecklich entzweit hatte. Vorbei sind die düstern Tage, die Sonne des Friedens lächelt wieder und voll Grauen gedenken die Klerikalen und die Nationalliberalen der Stunde, da sie in den schlimmen Verdacht gerieten, Seite an Seite mit den Sozialdemokraten Opposition gegen die Regierung zu machen.

Stolz und hohnlachend erheben die absolutistischen Gewalten das Haupt. Warum sollte der militaristische Dünkel sich nicht über den gewöhnlichen Pöbel erheben, wenn die bürgerlichen Parteien selbst vor ihm im Staube winseln!

Aber die Massen des Volkes werden ihre Lehren zu ziehen wissen aus den wechselreichen Ereignissen, die sie soeben stammend erlebten. Jene Parteien, die das Volksrecht wiederum schmachvoll an den Militarismus verraten, werden ihrer Strafe nicht entgehen. **Uns Sozialdemokraten gefällt es wahrlich nicht, daß wiederum die günstigste Stunde verpaßt wird, einen Fortschritt für Volksrecht und Freiheit zu erkämpfen. Aber das ist gewiß: aus dem kläglichen Versagen der bürgerlichen Parteien wird ein reicher Ertrag in die sozialdemokratischen Scheuern gesammelt werden!**

* * *

„Der Reichskanzler hat nicht die Absicht . . ."

Vor dem großen Schauspiel gab's am Dienstag im Reichstag auf eine kurze Anfrage eine schwerwiegende Antwort. Genosse Wurm hatte namens der sozialdemokratischen Fraktion die Frage gestellt, ob der Reichskanzler bereit sei, das Gesetz über die Erleichterung der Fleischeinfuhr über den 1. April 1914 hinaus zu verlängern. Darauf antwortete ein Bureaukrat aus dem Reichsamt des Innern, der Reichskanzler habe nicht die Absicht, eine solche Verlängerung vorzuschlagen.

Der Herr, der noch immer Reichskanzler ist, hat also die Absicht, die notdürftigen Maßregeln zum Schutz der Konsumenten gegen die Preistreibereien der inländischen Fleischproduzenten und Zwischenhändler am 1. April nächsten Jahres kurzweg einzustellen. Er hat die Absicht, durch Einstellung der gesetzlichen Erleichterungen die von den Gemeinden getroffenen Einrichtungen zur Einfuhr und zum Verkauf ausländischen Fleisches einfach zusammenbrechen zu lassen. Er hat die Absicht, die Fleischpreise noch weiter in die Höhe zu treiben.

So wird Bestehendes umgestürzt, wenn es sich zum Nutzen des Volkes bewährt hat, den Interessen der Junker aber hindernd im Wege steht. Aber der Mann, der noch immer Reichskanzler heißt, kann wohl nicht anders handeln, da er ja zur Erhaltung seines Amtes mehr noch als bisher auf die Gnade der Junker angewiesen ist.

Wie in der Arbeitslosenfrage, so erweist er sich auch in der Frage der Fleischversorgung als ein hilfloser Klotz, der den Weg zur positiven Arbeit versperrt.

Und wenn am 8. Januar der preußische Dreiklassenlandtag zusammentritt — was wird dann mit der Erfüllung des Wahlrechtsversprechens? Bethmann und Wahlreform — lächerliche Vorstellung! Wie soll ein „Staatsmann", der seine ganze Kraft darauf konzentrieren muß, noch für ein Weilchen die bloße Existenz zu fristen, Mut zu solcher Arbeit finden?

Ein kleiner Trost im Elend bleibt, daß durch den moralischen Zusammenbruch des Reichskanzlers auch die Aussichten der Scharfmacher auf ein neues Zuchthausgesetz beträchtlich gesunken sind. Der Herr Reichskanzler hat, wie man annehmen darf, „nicht die Absicht", seinen Kopf in diese Schlinge zu stecken.

Der Herr Reichskanzler hat überhaupt keine Absicht als die, das deutsche Volk und die Welt noch für möglichst lange Zeit durch seine Anwesenheit zu erfreuen. Mit seiner Kanzlerschaft ist auch die ganze Reichspolitik in einen Zustand der Agonie verfallen. Das Programm der nächsten Zukunft ist: Kleben und Nichtstun!

Erklärung!

Der in Nr. 271 der Dresdner Volkszeitung veröffentlichte Aufruf zu den Stadtverordnetenwahlen enthält einen Passus, in dem es heißt, Stadträte und Stadtverordnete bereicherten sich an Lieferungen von Arbeiten für die Stadt. Darin haben die städtischen Behörden einen beleidigenden Vorwurf erblickt. Wir nehmen daher Veranlassung, zu erklären, daß wir dabei nicht beabsichtigt haben, den Vorwurf einer unrechtmäßigen Bereicherung zu erheben. Es sollte vielmehr nur daran Kritik geübt werden, daß sich Stadtverordnete und Ratsmitglieder an Lieferungen für die Stadt beteiligten, weil wir aus prinzipiellen Gründen Gegner jeder Beteiligung von Stadträten und Stadtverordneten an städtischen Lieferungen sind.

Wir bedauern, daß durch die erwähnte Wendung eine irrtümliche Auffassung aufkommen konnte und stehen nicht an, zu versichern, daß es uns völlig fern gelegen hat, von einem Mitglied des Rates oder einem Stadtverordneten behaupten zu wollen, unrechtmäßige Gewinne bei städtischen Lieferungen erstrebt oder erlangt zu haben.

Die Redaktion der Dresdner Volkszeitung.

Der unwürdige Einjährige.

In vielen Kulturländern, nicht nur in der republikanischen Schweiz, sondern auch in monarchischen Ländern wie Italien finden wir unangefochten Angehörige der sozialdemokratischen Partei in staatlichen Aemtern, sie lehren als Professoren an Universitäten, sie sprechen als Richter Recht, sie leiten die Verwaltung großer Städte, und man hat bisher wenigstens nicht gehört, daß deswegen in diesen wilden Ländern alles drüber und drunter gegangen wäre.

In Deutschland ist's anders. Da darf um Gotteswillen kein Sozialdemokrat ein staatliches Amt bekleiden. Vom Professor bis zum letzten Straßenkehrer muß jeder Beamte über eine tadellose Gesinnung verfügen. Ein Gelehrter mag eine noch so bedeutende Leuchte der Wissenschaft sein, er darf auf einer deutschen Universität nicht lehren, zu seinen Forschungen kein staatliches Institut benutzen. Als vor einigen Jahren in Berlin ein sozialdemokratischer Privatdozent vorhanden war, machte man schleunigst ein besonderes Gesetz, um diesen schrecklichen Menschen beiseite zu schaffen. Auch die kommunale Betätigung der Sozialdemokratie sucht man möglichst einzuschränken. In einem großen Teile von Deutschland läßt man keinen Sozialdemokraten zu einem Amt zu, zu dessen Bekleidung die Bestätigung der Staatsbehörden notwendig ist. Sozialdemokraten sind eben in Preußen-Deutschland Menschen zweiter Klasse. Diese Ausschließung jedes Sozialdemokraten vom Staats- und, soweit das möglich ist, auch vom Gemeindedienst genügt unseren Herrschenden nicht. Sie bringen es fertig, Sozialdemokraten auch dort schlechter zu behandeln als andere Staatsbürger, wo sie eine ihnen vom Gesetze auferlegte Pflicht zu erfüllen haben. Wer einen roten Strich in seinen Personalakten hat, hat beim Militär nicht die geringste Aussicht, auch nur die hohe Würde eines Gefreiten zu erlangen, mag seine Führung selbst im militärischen Sinne noch so tadellos sein.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19131210/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG